

Bezirksamt Bergedorf Bezirksversammlung

Antrag SPD-Fraktion Bergedorf	Drucksachen-Nr.:	20-0972	
Grüne Fraktion Bergedorf	Datum:	19.10.2016	
öffentlich	Aktenzeichen:	750.00-01	

Beratungsfolg	e	
	Gremium	Datum
	Bezirksversammlung Bergedorf	27.10.2016

Radverkehrsführung Nettelnburger Straße

Sachverhalt:

Antrag der BAbg. Springborn und SPD-Fraktion und der BAbg. Fleige und Fraktion GRÜNE Bergedorf

In der Nettelnburger Straße ist die Radwegebenutzungspflicht aufgehoben. Auf dem kleinen Teilstück zwischen dem Nettelnburger Landweg und dem Oberen Landweg gilt sie allerdings weiterhin. Da eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h gilt, wäre sie jedoch auch hier nicht notwendig. Mit der jetzigen Regelung werden die Radfahrer auf einen Zweirichtungsradweg gezwungen, der die geforderte Regelbreite von drei Metern weit unterschreitet. Außerdem müssen die in westlicher Richtung fahrenden Radfahrer die Straße queren, um auf den links liegenden Radweg zu kommen. Deshalb ist es geboten, auch hier die Radwegebenutzungspflicht aufzuheben.

Laut Auskunft der Polizei müssten dafür die Räumzeiten an der Lichtzeichensignalanlage (LSA) Nettelnburger Straße / Nettelnburger Landweg so geändert werden, dass Radfahrer den Knoten auf der Straße gefahrlos passieren können. Außerdem ist im Nettelnburger Landweg eine Bordsteinabsenkung erforderlich, damit die Radfahrer den dortigen Radweg erreichen können.

Petitum/Beschluss:

Wir beantragen daher, die Bezirksversammlung möge beschließen:

- Die Bezirksverwaltung setzt sich bei den zuständigen Stellen für die Änderung der Ampelschaltung am Knoten Nettelnburger Straße / Nettelnburger Landweg ein.
- 2. Im Nettelnburger Landweg wird eine Bordsteinabsenkung gebaut, um Radfahrer auf den dortigen Radweg zu führen.

- 3. In der Nettelnburger Straße wird (im Bereich der LSA am Knoten zum Nettelnburger Landweg) für die Radfahrer ein Vorbeifahrstreifen mit Aufstellfläche geschaffen.
- 4. Die Radwegebenutzungspflicht in der Nettelnburger Straße wird aufgehoben.
- 5. Die Planung ist dem Ausschuss für Verkehr und Inneres zur Beschlussfassung vorzulegen.

Anlage/n:
